

MEHR SCHUTZ FÜR EIN BEZAHLBARES LEBEN – RAUS AUS DER FOSSILEN KOSTENFALLE!

*Autor*innenpapier von Katharina Dröge, Dr. Julia Verlinden und Andreas Audretsch*

11. März 2026

Bezahlbares Leben durch Erneuerbare und Klimaschutz, Schutzschirm gegen Preisexplosionen und fossile Abhängigkeit

Friedrich Merz und Lars Klingbeil müssen den Koalitionsausschuss für eine Kurskorrektur nutzen. Die Bundesregierung hat die Aufgabe, ihre Energiepolitik umzudrehen und auf einen Kurs der Vernunft zurückzufinden.

Der Krieg im Iran führt uns erneut vor Augen, wie gefährlich die Abhängigkeit von Öl und Gas ist. Die Öl- und Gaspreise steigen. Je länger der Konflikt andauert, desto wahrscheinlicher werden weitere Preissprünge. Dann droht, dass die Energierechnungen für viele Menschen unbezahlbar werden.

Katherina Reiche und die Bundesregierung setzen Millionen Menschen mit ihrer Öl- und Gas-Politik ganz bewusst dieser Gefahr aus.

Union und SPD haben die schlechtesten Lösungen für die Menschen verabredet: mehr fossile Abhängigkeit, weniger Erneuerbare, höhere Heizkosten. Damit stellen sie ihre Koalitionslogik und die fossile Lobby über die Interessen des Landes.

Auch die Landtagswahl in Baden-Württemberg hat klar gezeigt: Immer mehr Bürger*innen und Unternehmen lehnen den Frontalangriff der Union auf die Energiewende ab. Union und SPD sollten die aktuelle Lage für einen Moment des Umdenkens nutzen. Im Interesse unseres Landes.

Denn heimische Wind- und Solarenergie ausgerechnet jetzt abzuwürgen, käme alle teuer zu stehen und würde die Chancen auf wirtschaftliche Erholung empfindlich beschädigen. Zukunftsbranchen wie Wärmepumpen oder Elektroautos brauchen eine entschlossene Unterstützung der Politik. Und keine Verunsicherung der Verbraucher*innen durch ewiges Hin und Her.

Wie gefährlich fossile Abhängigkeit für Unternehmen und Bürger*innen ist, hat schon die Preiskrise 2022 gezeigt. Leider haben Union und SPD nichts daraus gelernt.



Davon profitieren wenige Öl- und Gaskonzerne – auf Kosten vieler Unternehmen, des Mittelstands und von Millionen Menschen.

Solche Preisschocks sind **Verteilungskonflikte**. Ohne Gegenlenken zahlen Verbraucher*innen, Familien und kleine Betriebe drauf – während bei Mineralölunternehmen die Spielräume für **Krisenprofite** steigen.

Zugleich haben Union und SPD bislang keinerlei Schritte unternommen, um Verbraucher*innen wirksam zu schützen und zu entlasten. Ganz im Gegenteil: Sie verschlimmern die Situation. Jetzt die Energiewende abzuwürgen und auf Gas- und Ölheizungen zu setzen, ist verantwortungslose Politik auf Kosten der Menschen und Unternehmen in diesem Land.

Das muss sich ändern. Das Leben muss wieder bezahlbar werden. Deutschland muss unabhängiger werden und auf den Pfad der Klimaziele zurückkehren.

Wir machen Vorschläge für **sofortige Entlastung im Alltag** und für den Ausstieg aus der **fossilen Kostenfalle**, damit wir beim nächsten Schock weniger verwundbar sind und Deutschland die Klimaziele wieder einhält.





Wir fordern die Bundesregierung deswegen auf:

1. Mehr im Geldbeutel für alle: Ein bezahlbares Leben entsteht durch Energieunabhängigkeit

Die Preiskrise kommt zu einer Zeit, in der Menschen ohnehin stark belastet sind. Der größte Energiepreisschock seit dem Zweiten Weltkrieg liegt nur vier Jahre zurück. Es braucht jetzt Entlastungen für die Bürger*innen. Fast 40 Prozent aller Alleinerziehenden konnten sich in den letzten Sommerferien nicht einmal eine einzige Woche Urlaub mit ihren Kindern leisten. Auch wächst jedes fünfte Kind in Deutschland in Armut auf, was seine Startchancen raubt.

Klar ist auch, worauf sich der Koalitionsausschuss nicht einigen sollte: Der Tankrabatt im Sommer 2022 war teuer, hat zusätzliche Gewinne in die Kassen der Mineralölwirtschaft gespült, aber ist nicht effektiv als Entlastung bei den Menschen und Unternehmen angekommen. Fossile Energien zu subventionieren trägt außerdem nicht zu einer größeren Unabhängigkeit bei – im Gegenteil.

Die Menschen müssen jetzt entlastet werden. Das geht Hand in Hand mit Klimaschutz.

- **Stromsteuer senken**

Die Bundesregierung hat die Stromsteuer trotz des Versprechens von Bundeskanzler Merz und mehrfacher Ankündigung noch immer nicht für alle gesenkt. Gerade jetzt ist das zwingend. Wir wollen die Stromsteuer für alle auf das europäisch mögliche Minimum von 0,05 Cent pro Kilowattstunde senken, was einer Familie jährlich rund 100 Euro sparen würde.

- **600 Stunden Sonnenstrom kostenlos**

Jetzt einen **Solarbonus** einführen: Haushalte und Betriebe sollen bis zu 600 Stunden im Jahr unbürokratisch von kostenlosem Solarstrom profitieren können. Dazu werden wir die Tatsache nutzen, dass im Sommer die Solarenergie massenhaft Strom produziert. Es ist sinnvoll, diesen Strom systemdienlich für einen Solarbonus zu nutzen.

- **Deutschlandticket und Social Leasing – Preisschock an der Tankstelle verhindern**

Die Verletzbarkeit gegenüber hohen Preisen an der Tankstelle verringert man am besten, indem man Menschen gute Alternativen ermöglicht. Darum sollte das





Deutschlandticket jetzt günstiger werden – **der Preis muss runter**. Dafür muss der **Bundeszuschuss für das Deutschlandticket** erhöht werden und eine kostenlose Mitnahme von Kindern und Jugendlichen eingeführt werden. Außerdem wollen wir Menschen mit geringem Einkommen den Zugang zu Elektroautos ermöglichen, indem wir die Leasingraten senken. Das würde gerade den Menschen auf dem Land eine Alternative geben, die auf ihr Auto angewiesen sind.

- **Preissprünge verhindern, Mineralölkonzerne an den Kosten beteiligen**

Es darf nicht sein, dass Menschen an der Tankstelle draufzahlen, weil sich einige Mineralölkonzerne an der Krise bereichern. Wir haben in der Ampel die Möglichkeiten für das Bundeskartellamt bis hin zur **Gewinnabschöpfung** deutlich ausgeweitet. Das Bundeskartellamt muss jetzt Zähne zeigen und nun zügig dem Verdacht unfairen Wettbewerbs nachgehen und weitere Schritte prüfen. Wir haben 2022 beobachten können, dass Mineralöl-Konzerne Übergewinne eingefahren haben. Wenn es nun, wie 2022, wieder massive Übergewinne bei Öl gibt, braucht es erneut eine **Übergewinnsteuer**. Schon die Ankündigung kann preisdämpfend wirken.

- **Entlastung für die Bürger*innen: Der Staat gibt seine krisenbedingten Mehreinnahmen zurück**

Der Staat verdient mit: Durch höhere Preise an den Tankstellen sprudeln auch höhere Mehrwertsteuereinnahmen. Lars Klingbeil darf diese Gelder nicht zum Stopfen von Haushaltslöchern nutzen, sondern muss das Geld gezielt an die Bürger*innen zurückgeben, beispielsweise durch Investitionen in den ÖPNV.

- **Heizungsförderung verstetigen und ausbauen**

Verbraucher*innenpreise steigen beim fossilen Gas um Monate verzögert, das haben wir 2022/2023 gesehen. Alle, die noch in diesem Jahr den Umstieg auf klimafreundliche Heizungen realisieren, sind vor steigenden Gaspreisen im nächsten Jahr geschützt. Deswegen muss die Bundesregierung die Förderung für den Heizungstausch (BEG) auf Dauer sichern, ausreichend finanzieren und stärker sozial staffeln, beispielsweise durch einen Härtefallzuschuss und die Ausweitung von Social Leasing für Menschen mit kleinem Einkommen und geringem Vermögen. So wird grüne Wärme für alle Wohneigentümer*innen zugänglich, unabhängig von der Kreditwürdigkeit oder der Möglichkeit, finanziell in Vorleistung zu treten.



2. Raus aus der teuren Öl- und Gas-Kostenfalle

Die teure Kostenfalle durch fossile Energien beendet man am besten durch konsequente Politik für Erneuerbare Energie. Die Bundesregierung hat sich entschieden, den Weg in die fossile Vergangenheit einzuschlagen und das Leben für Menschen und Unternehmen teurer zu machen.

- **Wir brauchen jetzt eine Richtungsänderung.** Es gilt, die Abhängigkeit von fossiler Energie konsequent zu reduzieren und auf bei uns produzierten sauberen Strom umzusteigen. Deutschland importiert jedes Jahr fossile Energieträger für über 80 Milliarden Euro – Geld, das im Ausland landet, statt hier in die Zukunft investiert zu werden. Das macht Deutschland abhängig, verletzlich und treibt die Preise. Darum müssen wir den Verbrauch fossiler Energie zugunsten einer stärkeren Elektrifizierung reduzieren.

- **Katherina Reiche muss ihren Dreifach-Angriff auf die Energiewende sofort zurückziehen**

Katherina Reiche muss das Teuer-Heizen-Gesetz, das 44 Millionen Mieter*innen in eine Teuer-Falle lockt, das Netzpaket und die EEG-Novelle, die als Solarkiller alle Aufdachanlagen unwirtschaftlich machen würde, **sofort zurückziehen**. Diese Vorschläge dürfen nie Gesetz werden. Sie zementieren die fossile Abhängigkeit, treiben Menschen in die Heizkostenfalle, zerstören den Ausbau der Erneuerbaren. **Vor allem Mieter*innen würden bei einer Realisierung der Koalitionspläne massiv belastet.** Stattdessen sollte die Bundesregierung die europäische Gebäuderichtlinie zügig und fristgerecht umsetzen und mit Sonderausschreibung und dauerhaft erhöhten Ausschreibungsmengen den Windkraftausbau wieder anschieben.

- Je rascher **Bahn und Busse elektrifiziert** werden, desto unabhängiger sind diese von Ölpreisen. Die E-Bus-Förderung für Kommunen und Verkehrsbetriebe muss verstetigt und erhöht werden.

- **Deutsche Initiative für eine europäische Taskforce für Energiesicherheit**

Wir haben es in Deutschland und Europa in der Hand. Solar- und Windenergie sowie Speicher sind nicht nur technologisch ausgereift, sondern günstig wie nie. Wenn wir uns jetzt europäisch noch besser koordinieren, dann ist das Ziel eines resilienten Europas in Reichweite. Ein Europa mit 100 Prozent sauberer, bezahlbarer Energie, die vor Ort erzeugt wird und Gewinne und Wertschöpfung vor Ort hält, statt damit Autokratien zu finanzieren. Dafür müssen wir gemeinsam



den schnellen Ausstieg aus fossilen Abhängigkeiten organisieren, Investitionen in Erneuerbare Energien bündeln und beschleunigen sowie Engpässe bei Netzen, Speichern und Infrastruktur konsequent angehen. Das kann eine europäische Taskforce für Energiesicherheit erreichen, wenn sie jetzt aufgestellt und mit einem starken Mandat ausgestattet wird.

3. Klimaturbo für Deutschland

Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 29. Januar 2026 ist eindeutig: Die bisherigen Maßnahmen der Bundesregierung reichen nicht aus, um die gesetzlichen Klimaschutzziele zu erreichen. Die Bundesregierung ist verpflichtet, unverzüglich ein wirksames Klimaschutzprogramm vorzulegen, das die Zielerreichung bis 2030 und bis 2040 sicherstellt. Doch bislang machen Kanzler Merz sowie die Minister*innen Schneider, Reiche, Schnieder, Hubertz und Rainer keine Anstalten, die Klimaziele zu erreichen – im Gegenteil, sie bauen klimapolitische Maßnahmen Schritt für Schritt ab. Und das bei einer Klimaschutzlücke von über 200 Millionen Tonnen CO₂ bis 2030.

Der Koalitionsausschuss muss jetzt Eckpunkte für ein Sofortprogramm vorlegen, das die Klimaziele einhält. Einige konkrete Maßnahmen für die Bereiche Energie, Gebäude oder Verkehr haben wir oben bereits genannt. Die Bundesregierung ist in der Pflicht, verfassungsrechtliche und gerichtliche Vorgaben einzuhalten. Dafür braucht es aber einen Klimaturbo statt Rückabwicklung.

